

8. Stärkung der IKT-Aufsicht durch den Kantonsrat

Parlamentarische Initiative Martin Huber (FDP, Neftenbach), Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Mario Senn (FDP, Adliswil)

KR-Nr. 342/2025

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Die vorliegende parlamentarische Initiative schlägt die befristete Schaffung einer Digitalisierungskommission vor. Diese soll dem Kantonsrat ermöglichen, die wachsenden Herausforderungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie wirksam zu beaufsichtigen. Lassen Sie mich die Notwendigkeit dieser Initiative mit drei zentralen Argumenten darlegen:

Erstens: Die PI hat eine Sunset-Klausel, die vorgeschlagene Digitalisierungskommission ist keine dauerhafte Aufblähung unserer Kommissionsstruktur. Mit der Befristung bis Ende der Legislaturperiode 2035 bis 2039 schaffen wir die pragmatische Übergangslösung. Wir gehen davon aus, dass die digitale Transformation in den kommenden Jahren ihre intensivste Phase durchläuft. Sobald die digitalisierten Prozesse zum Normalfall geworden sind, können die regulären Aufsichtskommissionen die Aufgaben wieder übernehmen.

Zweitens: Die Komplexität der Digitalisierung erfordert eine spezialisierte Aufsicht. Die Digitalisierung ist kein gewöhnliches Verwaltungsthema mehr. Die Abbildung von Prozessen, die Auswahl geeigneter IT-Lösungen, die Implementierungen und die Kontrollsysteme und das Vergaberecht im IT-Bereich sind hochkomplex. Diese Themen und die Menge können von den bestehenden Kommissionen nicht in dieser Tiefe behandelt werden. Eine spezialisierte Kommission hingegen kann sich das nötige Know-how aufbauen und die Digitalisierung des Kantons fundiert begleiten. Nur so können wir sicherstellen, dass der Kantonsrat seiner Oberaufsicht in diesem zentralen Bereich wirklich gerecht werden kann.

Drittens – und das ist das stärkste Argument: Die finanzielle Dimension und die Fehlerquote im Digitalisierungsbereich verlangen dringend nach besserer Kontrolle. Wir sprechen hier nicht von Randthemen. Die Digitalisierungsausgaben wachsen auf allen Staatsebenen massiv, und mit beschämender Regelmässigkeit werden Fälle von dramatischen Kostenüberschreitungen und ungenügendem Projektmanagement bekannt. Jeder von uns kennt Beispiele aus dem Kanton und aus dem Bund: IT-Projekte, die das Doppelte oder Dreifache des Budgets verschlingen, Systeme, die nie richtig funktionieren, Millionen an Steuergeldern, die versickern.

Der Kanton Zürich steht vor gewaltigen Investitionen in die digitale Transformation. Wir reden hier von dreistelligen Millionenbeträgen in den kommenden Jahren. Können wir es uns leisten, diese Investitionen ohne spezialisierte parlamentarische Aufsicht zu tätigen? Wir sagen klar, Nein. Jedes verhinderte Fehlprojekt zahlt die Kosten dieser Kommission um ein Vielfaches zurück. Die strategische Bedeutung der Digitalisierung für die gesamte Kantonsverwaltung rechtfertigt

vollumfänglich eine spezialisierte Aufsicht. Mit dieser PI handeln wir verantwortungsvoll. Wir schaffen kein Bürokratiemonster, sondern eine befristete, spezialisierte Aufsichtsstruktur für eine der wichtigsten Transformationen in unserer Verwaltung. Wir stellen sicher, dass der Kantonsrat die Digitalisierung nicht einfach geschehen lässt, sondern aktiv begleitet und kontrolliert.

Wir bitten Sie deshalb, unterstützen Sie diese PI, geben Sie dem Kantonsrat die Instrumente, die er braucht, um seiner Aufsichtspflicht im digitalen Zeitalter gerecht zu werden. Besten Dank für die Unterstützung.

Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon): Wir sind uns wohl in zwei Punkten einig: Zum Ersten entwickelt sich die digitale Welt rasant und prägt die Verwaltung immer mehr. Damit wachsen sowohl Chancen als auch Risiken. Wir kennen alle Beispiele von komplexen IT-Projekten, Kostenüberschreitungen oder unklaren Verantwortlichkeiten. Zum Zweiten ist die Oberaufsicht durch den Kantonsrat in diesen Themen nicht optimal. Die vorgeschlagene Stärkung der Aufsicht zielt darauf ab, die verschiedenen Fäden zusammenzuführen, um einen besseren Überblick zu schaffen. Inhaltlich ist dies ein berechtigtes Anliegen, denn die Bedeutung der Digitalisierung als Querschnittsthema wird sicher weiter zunehmen.

Gleichzeitig steht die SVP-Fraktion für schlank, effiziente staatliche Strukturen. Eine zusätzliche Aufsichtskommission bedeutet mehr Aufwand, mehr Ressourcen, inklusive höherer Kosten. Zudem stellen sich verschiedene ungeklärte Fragen, beispielsweise zur Abgrenzung zu Sachkommissionen. Wenn zudem die Rolle einer neuen Kommission in diesem Umfeld nicht klar geregelt ist, kann dies Prozesse eher lähmen, und dies ist in Digitalisierungsfragen sicher nicht förderlich. Im Weiteren sind in der bestehenden kantonsrätslichen Organisation mit Aufsichts- und Sachkommissionen grundsätzlich genügend Instrumente vorhanden. Die SVP-Fraktion war in dieser Frage nicht einheitlich, unterstützt aber die Überweisung. Das Anliegen wird anerkannt, und in der weiteren Diskussion nach der Überweisung ist sehr genau zu prüfen, ob es wirklich eine zusätzliche Aufsichtskommission braucht oder ob eine schlank, gut abgestimmte Lösung innerhalb der heutigen Struktur zielführender ist.

Nicola Yuste (SP, Zürich): Ist der Kantonsrat heute optimal organisiert, um eine wirksame Oberaufsicht im Bereich der kantonalen IKT (*Informations- und Kommunikationstechnologie*) sicherzustellen? Auch aus Sicht der SP ist diese Frage, die der vorliegenden PI zugrunde liegt, durchaus prüfenswert. Angesichts der strategischen Bedeutung der digitalen Transformation und der zunehmenden Komplexität im Umgang mit neuen Technologien halten auch wir eine spezialisierte Aufsichtskommission für prüfenswert. Nicht zuletzt haben wir selbst im Postulat zur KI-Governance (KR-Nr. 325/2025) gefordert, dass die Regierung die Einsetzung einer solchen Kommission prüft, um die demokratische Kontrolle zu stärken.

Trotz dieser grundsätzlichen Offenheit lehnen wir heute die vorliegende PI ab. Der Vorstoss ist aus unserer Sicht nicht der geeignete Weg, um das Anliegen zeitnah und wirksam umzusetzen. Wir wissen, dass die Finanzkommission (FIKO)

und die GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) eine Motion zur Schaffung einer Aufsichtskommission für Digitalisierung und die IKT vorbereiten. Geschickt aufgeleist und mit dem notwendigen Rückhalt der Fraktionen kann die Motion bedeutend rascher Wirkung entfalten als die vorliegende PI.

Die SP steht dem Anliegen also positiv gegenüber, oder sagen wir offen bis positiv, und wird die angekündigte Motion von FIKO und GPK dereinst wohlwollend prüfen. Diese PI werden wir heute nicht vorläufig unterstützen.

Gabriel Mäder (GLP, Adliswil): Es gibt ein altes indisches Gleichnis von mehreren blinden Männern, die zum ersten Mal einem Elefanten begegnen. Jeder tastet einen anderen Teil ab, einer den Rüssel, einer ein Bein, einer das Ohr, und jeder zieht daraus völlig andere Schlussfolgerungen. Für den einen ist es eine Schlange, für den anderen ein Baumstamm, für den dritten ein Fächer. Jeder hat recht und gleichzeitig liegen alle falsch, denn jeder sieht nur einen Ausschnitt, aber keiner erkennt das Ganze. Sie sehen, wohin ich möchte. Genauso tasten wir heute die Digitalisierung in der kantonalen Verwaltung ab. IKT und Digitalisierungsfragen tauchen in den unterschiedlichsten Kommissionen auf, in der FIKO, der GPK, der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*), der WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*) und so weiter. Jede Kommission sieht ihren Teil: Prozesse, Finanzen, Sicherheit, Volkswirtschaft, Infrastruktur, aber kaum je wird die digitale Transformation der Verwaltung als Gesamtbild betrachtet.

Was die SVP mit den unklaren Zuständigkeiten bereits angesprochen hat, das ist bereits heute der Fall. Die heutige IKT-Subkommission ist ein gut gemeinter Versuch, diese Lücke zu schliessen, aber sie ist organisatorisch limitiert, in der Sitzungsfrequenz eingeschränkt, bedeutet für die Mitglieder der FIKO und GPK eine Doppelbelastung und ist dadurch in der Tiefe ihrer Analyse limitiert. Vor allem aber genügt sie der zunehmenden Komplexität digitaler Vorhaben nicht mehr. Digitalisierung ist nicht mehr ein Randthema, sondern die Grundlage moderner Verwaltungstätigkeiten. Eine eigenständige IKT-Kommission schafft hier einen echten Mehrwert. Sie ermöglicht eine kontinuierliche, fachlich vertiefte Auseinandersetzung mit digitalen Grossprojekten, mit der Sicherheitsarchitektur, mit den Schnittstellen zwischen den Direktionen, mit den finanziellen und organisatorischen Konsequenzen.

Für die GLP ist zentral: Wir vertrauen unseren staatlichen Institutionen und wollen, dass sie effizient arbeiten können. Dazu gehört, dass wir ihnen den notwendigen Handlungsspielraum geben, aber im Gegenzug eine kluge, spezialisierte und wirksame parlamentarische Aufsicht erstellen. Digitalisierung lässt sich nicht wirksam begleiten, wenn man nur die einzelnen Teile betastet, wir müssen den Elefanten als Ganzes sehen. Wir unterstützen die PI. Besten Dank.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Das finde ich ein sehr schönes Bild von Gabriel Mäder mit diesem Elefanten, Digitalisierung sozusagen als Elefant im Raum. Ich bin es etwas trockener angegangen, ich habe mir zum Beispiel anschaut, dass in den Finanzkontrollberichten in der letzten Legislatur und in dieser Legislatur ungefähr dreidutzendmal das Thema IT vorkam. Es gibt eine Fülle von

Themen, es geht um allgemeine IT-Kontrollen, es geht um Governance, digitale Transformation, verschiedene Prozesse. Es gibt einfach eine Fülle von Themen, es ist sehr umfangreich, und, wie auch schon erwähnt wurde, ganz verschiedene Kommissionen haben damit zu tun, die STGK, die FIKO, die GPK, teilweise die ABG (*Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit*), wenn die Spitäler oder die Hochschulen betroffen sind. Dann gibt es eben diese Subkommission, und es ist wirklich so mit diesem Elefanten: Jeder hat so ein bisschen irgendwie einen Einblick, und es fehlt das Gesamtbild. Ich bin wirklich sehr stark der Meinung, dass der Kantonsrat sich hier ein Gesamtbild verschaffen muss, aber wir haben im Moment einfach nicht die geeigneten Strukturen, um eine geeignete Oberaufsicht über Digitalisierung und IT wahrzunehmen. Und auch von der Regierung gibt es teilweise das Bedürfnis, einen Ansprechpartner zu haben. Als Subkommissionsmitglied habe ich das gemerkt, weil die dann teilweise kommen und sagen, «wir würden euch gerne über dieses oder jenes berichten», weil man einfach auch den Kontakt sucht und im Gespräch bleiben möchte.

Und noch zur Motion, die voraussichtlich noch von der GPK und der FIKO kommt: Diese werden wir natürlich dann auch unterstützen. Es wird sich dann auch weisen, was da der beste Prozess ist. Die GL (*Geschäftsleitung*) kann sich ja dann dessen annehmen, aber im Moment ist es wichtig, dass wir uns des Themas überhaupt annehmen und das vorantreiben und uns nicht selbst im Weg stehen, indem wir über den besten Prozess nachdenken, sondern jetzt müssen wir mal die Sache anpacken.

Die Grünen werden diese PI vorläufig unterstützen.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Das Anliegen dieser PI ist prüfenswert. Es soll geprüft werden, ob eine spezielle Digitalisierungskommission notwendig und zweckmäßig ist beziehungsweise wie diese Digitalisierungskommission ausgestattet werden sollte. Die Digitalisierung und der Einsatz neuer Technologien betreffen nahezu alle Arbeitsabläufe der kantonalen Verwaltung. Sie stellen unseren Kanton vor erhebliche organisatorische, finanzielle und strategische Herausforderungen. Eine spezialisierte Kommission könnte gezielt prüfen, ob wichtige IT-Projekte gut geplant und geführt werden, ob Risiken sinnvoll eingeschätzt sind, ob der Kanton ein stabiles und verlässliches IT-Umfeld aufbaut und ob die Betriebssicherheit gewährleistet ist. Ohne dieses Fachwissen wird es für den Kantonsrat zunehmend schwieriger, seine Oberaufsichtspflicht in diesem Bereich überhaupt wahrzunehmen. Die vorgeschlagene Befristung bis zum Ende der Legislatur 2035 bis 2039 könnte ein gangbarer Ansatz sein. Sie ermöglicht es, die Kommission als temporäres Instrument zu nutzen, solange die Digitalisierung besonders intensive politische Begleitung braucht. Wenn dann das digitale Arbeiten tief verankert und zur Normalität geworden ist, wird es die Digitalisierungskommission dann aber später eventuell nicht mehr brauchen. Oder aber sie wird weiterhin benötigt werden. Denn wer weiß schon, wie die Welt beziehungsweise das Arbeiten in knapp 15 Jahren aussehen wird, insbesondere wenn das Tempo neuer Technologien weiterhin so rasch fortschreitet wie in den letzten fünf Jahren.

Die Mitte unterstützt diese PI vorläufig. Besten Dank.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Auch ich möchte zuallererst einmal die Verwunderung über den Zeitpunkt der Einreichung dieser PI, die die SP zum Ausdruck gebracht hat, hier zumindest noch ein bisschen verstärken. Wie die SP ja bereits erwähnt hat – und das ist Ihnen von der FDP bestimmt auch bekannt –, ist das Thema längst bekannt und das ganze Thema ist auch erfasst. Auch in den Aufsichtskommissionen wird bereits länger diskutiert. Dass man jetzt hier eine PI einreicht, bevor die Diskussion zu Ende geführt wurde, verwundert mich ein bisschen. Wie auch immer, um zur Sache zu kommen: Ja, es ist so, wir haben im Moment Diskrepanzen in der Art und Weise, wie die Oberaufsicht in der Informatik funktioniert, beziehungsweise sie funktioniert nicht richtig, sie ist im Moment eher schwierig. Ich möchte hier aber auch davor warnen, dass wir in einer neu zu schaffenden IT-Kommission das Ei des Kolumbus sehen. Oder um hier eine Analogie zum Fussball zu wählen, ich bin ja auch Fussballfan: Vielleicht hat es am Ende der Nacht den gleichen Effekt wie ein Trainerwechsel. Der wirkt vielleicht, aber wenn es halt mit dem Rest der Mannschaft nicht passt, funktioniert auch dies nicht, weil es an der Substanz fehlt. Was meine ich damit? Mit einer eigenen IT-Kommission am Ende ist es noch nicht getan, sondern es braucht Weiteres, um eine funktionierende Oberaufsicht zu bewerkstelligen, und seien es entsprechende Berichterstattungen beziehungsweise Rapportierungen seitens des Regierungsrates, um diese Aufgabe wahrzunehmen. Auch dies ist übrigens durchaus bereits erkannt und kann entsprechend in die Beratungen für eine solche Subkommission – oder wie auch immer man die IT-Oberaufsicht machen will – entsprechend einfließen.

Und ja, bereits angesprochen: Ich denke, auch von der Regierung her besteht ein gewisses Interesse, einen Ansprechpartner, eine Ansprechpartnerin zu haben. Dies merke ich als Präsident der IKT-Subkommission der GPK und FIKO durchaus. Die Regierung kommt gewiss auch mit IT-Projekten auf uns zu. Daher ist es sicher sinnvoll, wenn wir das Schaffen einer IT-Kommission sorgfältig prüfen. Wir werden daher diese PI überweisen.

Ratspräsident Beat Habegger: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 342/2025 stimmen 135 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Beat Habegger: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.